



über die 1. Sitzung
des Behindertenbeirates
am Montag, 12. März 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Ciecior
Frau Jung

Ratsmitglieder CDU

Herr Hitz
Herr Kloß
Herr Plümpe

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Frau Ratzke
Herr Schulze-Braucks
Frau Werner

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Lenkenhoff

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Dr. Saur

Vertreter der Gruppen und Verbände

Herr Eißer
Frau Fischer
Herr Grasse
Frau Hänsel
Frau Keil
Herr Krüger
Herr Maaß
Herr Schlüter
Frau Spyra
Frau Tönnies
Frau van Lück
Herr Vehring

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Steffen

Gäste

Herr Borbe, Integrationsfachdienst
Herr Frehoff, Arbeitsamt Kamen

entschuldigt fehlten

Frau Finkemeier
Herr Hackländer
Herr Menken
Herr Skodd
Frau Unseld
Herr Weber
Frau Zimmer

Frau **Jung** eröffnete die form - und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gäste Herrn Frehoff vom Arbeitsamt Kamen und Herrn Borbe vom Integrationsfachdienst.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Neuregelungen im Schwerbehindertengesetz hier: Bericht des Arbeitsamtes	
2.	Vorstellung des Integrationsfachdienstes für Behinderte	
3.	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Neuregelungen im Schwerbehindertengesetz
hier: Bericht des Arbeitsamtes

Herr **Frehoff** gab einen Überblick zur Novellierung des Schwerbehindertengesetzes mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen (SchwbBAG).

Auf die in der Anlage beigefügten Folien wird verwiesen.

Herr **Güldenhaupt** griff in diesem Zusammenhang eine Frage des Herrn Weber aus der letzten Sitzung auf und teilte mit, dass von der Verwaltung die vorgegebene Quote erreicht wird, Ausgleichszahlungen damit nicht geleistet werden müssen.

Herr **Steffen** wies darauf hin, dass bereits am 17.06.1998 in der gemeinsamen Sitzung des Gleichstellungs- und Behindertenbeirates unter TOP 4 Eingliederung behinderter Frauen in das Berufsleben - Verabschiedung einer Resolution - über dieses Thema gesprochen und einstimmig eine Resolution verabschiedet wurde, die ebenfalls eine Erhöhung der sog. Schwerbehindertenabgabe zum Gegenstand hatte.

Zu TOP 2.

Vorstellung des Integrationsfachdienstes für Behinderte

Herr **Borbe** vom Integrationsfachdienst Kamen und Unna für Schwerbehinderte stellte das seit dem 01.01.2001 bestehende Angebot für Schwerbehinderte vor. Das Angebot des Integrationsfachdienstes besteht darin, ratsuchenden Schwerbehinderten bei der Vermittlung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Die Tätigkeit besteht insbesondere aus der Information und Beratung der Schwerbehinderten, der gemeinsamen Entwicklung einer persönlichen beruflichen Perspektive, der einzelfallorientierten Analyse eigener Fähigkeiten, der Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, einem Bewerbungstraining unter Berücksichtigung der Behinderungen, einer aktiven Unterstützung bei der Suche nach einem Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, der Beratung bei der beruflichen und persönlichen Qualifizierung, der betriebsspezifischen Lösungen für eine individuelle Arbeitsplatzgestaltung, der Begleitung am Arbeitsplatz, dem schnellen Handeln im Konfliktfall.

Der Integrationsfachdienst arbeitet eng mit dem Arbeitsamt, den örtlichen Fürsorgestellen, also Kreis Unna und der Hauptfürsorgestelle beim Landschaftsverband, sowie den beruflichen Rehabilitationsträgern (Berufsgenossenschaft und Rentenversicherung) zusammen.

Finanziert wird der Integrationsfachdienst aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Beigefügt ist die Presseerklärung des Arbeitsamtes Hamm vom 05.03.2001 sowie ein Informationsblatt des Integrationsfachdienstes Kamen und Unna.

Zu TOP 3.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Es ergaben sich keine Anregungen aus den Behindertenverbänden.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 VebU e.V. Kamen

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass er am Morgen des heutigen Sitzungstages gemeinsam mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirates einer Einladung des VeBU e.V. - **Verein für Betreuung und Unterstützung** behinderter Menschen und deren Familien gefolgt sei, der nunmehr seit einem Jahr in Kamen, Güldentröge 15, tätig sei. Der Verein richtet sich an behinderte Menschen jeden Alters und ihr Umfeld. Es wird beraten zu Fragen für behinderte Menschen, die MitarbeiterInnen unterstützen, entlasten und fördern durch den familienunterstützenden Dienst.

Auf das beigegefügte Faltblatt wird verwiesen.

4.1.2 Anschaffung einer mobilen Behindertentoilette im Kreis Unna

Herr **Steffen** teilte, zurückkommend auf die letzte Sitzung des Behindertenbeirates, mit, dass zwischenzeitlich mit Schreiben des Bürgermeisters der Landrat darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass sich der Behindertenbeirat der Stadt Kamen für die Anschaffung einer mobilen Behindertentoilette ausgesprochen hat.

4.1.3 Änderungen der §§ 177/179 StGB

Herr **Steffen** kam auf die letzte Sitzung des Behindertenbeirates und hier auf die Anfrage des Herrn Eckardt und der Frau Lenkenhoff zurück und teilte mit, dass zu diesem Thema von der Frauenberatungsstelle Düsseldorf Informationsmaterial angefordert wurde. Daneben wurde Frau Grothaus für den Gleichstellungsbeirat in Kenntnis gesetzt. Der Gleichstellungsbeirat beabsichtigt, dieses Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln. Herr Steffen teilte mit, dass für die nächste Sitzung ein Sachverständiger zur Erläuterung der gesetzlichen Motivation der unterschiedlichen Regelungen eingeladen werde.

4.2 Anfragen

4.2.1 Durchgang unter der Bahn

Herr **Krüger** fragte nach, ob der Durchgang unter der Bahn für Ältere und Behinderte nicht sicherer gestaltet werden könne. Es handelt sich bei dieser Unterführung um einen Raum, den ältere und behinderte Menschen meiden.

Herr **Brüggemann** griff diese Anfrage auf und teilte mit, dass dies auch bereits auf der Stadtkonferenz besprochen wurde und dass gegenwärtig nach Möglichkeiten gesucht wird, hier zu einer Verbesserung der Situation zu kommen.

4.2.2 Parkausweis für Schwerbehinderte

Herr **Schlüter** fragte nach, ob es zutrifft, dass die bisherigen Parkausweise für Schwerbehinderte ihre Gültigkeit verlieren.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass diese Frage mit dem Protokoll beantwortet wird.

Vom Fachbereich Recht und Ordnung wurde auf Anfrage mitgeteilt, dass zukünftig, wenn neue Parkausweise ausgestellt werden, diese Parkausweise nach Euro-Norm mit einem Lichtbild ausgestellt werden.

Die gegenwärtigen Ausweise können aber bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter verwandt werden. Bei einer erforderlichen Verlängerung wird ein neuer Ausweis ausgestellt.

4.2.3 Behindertengerechter Zugang Museum

Herr **Plümpe** fragte an, ob es am Museum einen behindertengerechten Zugang geben wird.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass diese Frage mit dem Protokoll beantwortet wird.

Vom Fachbereich Bauen wurde auf Anfrage mitgeteilt, dass ein behindertengerechter Zugang am Haupteingang nicht möglich ist, weil die erforderlichen baulichen Veränderungen am Vorderhaus nicht mit den denkmalrechtlichen Bestimmungen in Einklang gebracht werden können. Es wurde daher ein rückwärtiger behindertengerechter Zugang am Objekt in Erwägung gezogen. Erforderlich sei hier zunächst der Einbau eines Aufzugs, der sehr kostenintensiv sei. Das eigentliche Problem besteht aber nicht allein im behindertengerechten Zugang, sondern vielmehr darin, dass baulich innerhalb des Hauses sehr viele Stufen und verschiedene Höhen und Ebenen anzutreffen sind. Insofern ist es nicht mit einem behindertengerechten Zugang allein getan, sondern es müssten noch sehr erhebliche Mittel für den behindertengerechten Umbau innerhalb des Gebäudes verwandt werden, um einem Behinderten alle Bereiche und Ebenen zugänglich zu machen.

Diese Mittel stehen gegenwärtig leider nicht zur Verfügung, so dass ein durchgängiger behindertengerechter Zugang und Umbau des Gebäudes auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden muss.

4.2.4 Peter-Schroeders-Stiftung im Ausländerbeirat

Frau **Lenkenhoff** regte, zurückkommend auf die letzte Sitzung des Behindertenbeirates, an, die Möglichkeiten der Hilfe für geistig behinderte Menschen durch die Peter-Schroeders-Stiftung auch im Ausländerbeirat bekannt zu geben, um dafür zu sorgen, dass auch der Personenkreis der ausländischen Mitbürger von dieser Stiftung Unterstützung erhalten kann.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

1.2 Anfragen

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer